

Medienpolitik im nationalen Rahmen zu diskutieren: wegen historisch gewachsener Merkmale und weil der Nationalstaat trotz aller grenzüberschreitender Internetinfrastruktur ein zentraler Akteur bleibt (wie die globale Internet Governance zeigt).

Der Band beleuchtet den Umbruch der Medienpolitik aus vielen Perspektiven, und das in einigen Fällen sogar unterhaltsam, etwa wenn Wolfgang Blau die Urheber- und Leistungsschutzdebatte mithilfe von Buchdruck, Eisenbahn und Elektrizität einordnet. Alle Autoren sind sich einig, dass es einen rasanten Wandel gibt, ziehen aber unterschiedliche Schlüsse für die Medienpolitik der Zukunft. Das macht den Band zu einer unverzichtbaren Grundlage für alle Leser, die sich einen Überblick über die Debatte der letzten Jahre verschaffen wollen.

Hans Peter Bulls Buch ist eine Publikation des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet, gegründet von der Deutschen Post. Der Autor war Bundesbeauftragter für Datenschutz sowie Innenminister Schleswig-Holsteins. Ihm geht es anders als Hachmeister und Vesting nicht primär um die Regulierung öffentlicher Kommunikation, sondern in einem weiteren Sinne um das Agieren im und mit dem Internet im Spannungsfeld von Sicherheit und Freiheit. Die „Ängste und Sorgen“ der Menschen bilden dabei seinen Ausgangspunkt, denen er mit „Risikoanalysen“ und Lösungshinweisen begegnen möchte. Damit ist die Argumentationskette schon vorgezeichnet. Den Gefahren im Internet ist nur mit rechtlichen Sanktionen zu begegnen. Bull macht sich für die Rolle des Staates stark und wirbt um Vertrauen in Regulierungs- und Ermittlungsinstitutionen. Trotz seiner klaren Position versäumt er es nicht, auch alternative Regelungsmöglichkeiten (Selbst- und Co-Regulierung) zu diskutieren. Die zum Teil subjektiven und mitunter polemisch stark zugespitzten Bewertungen machen das Buch zu einem meinungsstarken Beitrag in der politisch-gesellschaftlichen Debatte.

Maria Löblich

Ulrike Ackermann (Hrsg.)

Im Sog des Internets

Öffentlichkeit und Privatheit im digitalen Zeitalter.

Frankfurt am Main: Humanities Online 2013. – 197 S.

ISBN 978-3-941743-35-9

Wer sich mit dem aktuellen Ringen um eine Begründung von Privatheit vor dem Hintergrund

medientechnischer Entwicklungen beschäftigt, der findet in diesem Sammelband vielfältige Anregungen und Argumente. Die insgesamt acht Beiträge vereint ein Aufklärungsgedanke, der bereits in der Einleitung deutlich ausgesprochen wird: Ziel ist, das „Bewusstsein für die Möglichkeit digitaler Selbstbestimmung und Mündigkeit zu schärfen“ (S. 13). Das Buch versteht sich als Ergebnisdokumentation des Forschungsprojekts „Öffentlichkeit und Privatheit“, aber auch Ergebnisse anderer Projekte werden aufgegriffen. Insgesamt entsteht dadurch ein kaleidoskopisches Bild des Privatheitsdiskurses, wenn auch unter Aussparung öffentlichkeitsspezifischer und sozialpsychologischer Themen.

Der erste Beitrag von Max-Otto Baumann widmet sich der Frage, wie der politische Diskurs über Privatheit im Hinblick auf soziale Netzwerkseiten geführt wird. Auf Grundlage einer Inhaltsanalyse von parlamentarischen Dokumenten aus den Jahren 2009 bis 2012 werden diskursive Rahmen und politische Maßnahmenforderungen identifiziert. Diese lassen sich einerseits einer regulierungsskeptischen Seite, die insbesondere von der Bundesregierung vertreten wurde, sowie andererseits einer regulierungsfreudigen Seite, vor allem in der Opposition zu finden, zuordnen. Baumann leitet ein mangelndes Interesse des Staates an Regulierung ab, da diese ihn immer auch selbst trifft, und bezweifelt mithin die Möglichkeit einer Selbstregulierung durch Wirtschaft oder Politik. Er spricht sich dennoch für einen starken Datenschutz aus: „Das macht den Datenschutz zu einer zentralen gegenwärtigen Herausforderung des Liberalismus, die weit über die Sozialen Netzwerke hinausreicht“ (S. 49). Mit den am Datenschutz beteiligten Akteuren beschäftigen sich noch weitere Aufsätze. So versucht Hans Jörg Schmidt die Perspektive des Facebook-Gründers Mark Zuckerberg auf Privatheit zu rekonstruieren. Demnach sehe sich Facebook nicht als Auslöser, sondern als Begleiter eines sozialen Wandlungsprozesses. Carsten Ochs kontrastiert die mittels Gruppendiskussionen erhobenen Erwartungen von Nutzern mit der Praxis einer Profilbildung beispielsweise durch Werbetreibende. Daran anschließend konstatiert Ochs eine Verletzung der Privatsphäre durch den Einsatz von Cookies, da die Erwartungen der Nutzer inkompatibel mit den tatsächlichen Abläufen seien. Selbst eine in Lernprozessen erhöhte Handlungskompetenz von Nutzern würde dem nicht begegnen können, da ein „Wettrüsten“ zwischen Nutzern und Anbietern stattfindet.

Wie Nutzer selbst an einer Aushöhlung von Privatheit arbeiten und wie dem begegnet werden kann, thematisieren unter anderem Götztrik Weber und David Gelernter in zwei Beiträgen. Hier werden die Ambivalenz von Privatheit und die manchmal vielleicht etwas sehr pointierten Positionen deutlich. Weber postuliert einerseits mit Referenz auf den Post-Privacy-Diskurs: „In der neuen digitalen Öffentlichkeit ist Privatheit letztlich nicht möglich“ (S. 67). Andererseits behauptet er, es handle sich dabei nur um eine kontingente Annahme, Nutzer würden sich einreden lassen, „es gäbe keine Alternative zum ‚Ende der Privatsphäre‘ und zu totaler Transparenz“ (S. 70). Hier stimmt er mit Gelernter überein, der das Verschwinden von Privatheit in einer unkritischen Haltung gegenüber Technik begründet sieht. Die Attraktivität von öffentlicher Selbstdarstellung und die Neugier des Menschen erschweren die Aufrechterhaltung von Privatheit. Gelernter weist zudem darauf hin, dass Gesellschaft durchaus auch ohne Privatheit auskommen könne.

Eine besondere Stärke des Bandes scheint mir in den vielfältigen historischen Bezügen zu liegen, die erstens den Blick für die Relativität von Privatheit schärfen und zweitens den Fokus erweitern, indem neben Online-Medien weitere Bereiche angesprochen werden. So beleuchtet Larry Frohman das argumentative Umfeld um die deutsche Datenschutzgesetzgebung und das Volkszählungsurteil in den 1970ern und 1980er Jahren. Er zeichnet dabei einen Wandel vom Sphärenkonzept hin zu der Idee informationeller Selbstbestimmung nach. Für den gleichen Zeitraum rekonstruiert Marcel Berlinghoff den Datenschutzdiskurs aus der publizistischen Berichterstattung. Dieser Beitrag erinnert mit Stichworten wie Orwell-Jahr, Rasterfahndung und Verwaltungsautomation daran, wie kritisch der Diskurs um Privatheit zu dieser Zeit geführt wurde. Die von Berlinghoff vertretene These, dass sich die Diskussion damals mit einer zunehmenden Gewöhnung an „Computerisierung“ beruhigte, scheint zudem aufschlussreich für das Verständnis der aktuellen Diskussionen zu sein, ohne dass der Autor hier selbst Parallelen zieht. In einen größeren gesellschaftstheoretischen Rahmen stellt Philipp Aumann den Privatheitsdiskurs. Er weist in Anschluss an Foucault darauf hin, dass schon allein die Möglichkeit der Überwachung einen informellen Normierungsdruck ausübt, führt darüber hinaus aus, wie der Normalitätsdiskurs als Disziplinierungstechnik operiert und wie diese Kontrolltechniken zu einer Selbstkontrolle führen. Gleichzeitig wird damit in Frage gestellt, ob die aktuell diskutierten Privatsphä-

reprobleme tatsächlich so neu sind, beispielsweise wenn die Einführung der Straßenbeleuchtung als Kontrolltechnik interpretiert wird.

Die Beiträge sind insgesamt stark interpretativ, teilweise essayistisch, womit sie sich gut in den aktuellen Diskurs einfügen und einen hilfreichen Überblick bieten. Leider fehlen an einigen Stellen methodische Details, etwa Basisangaben in Diagrammen oder eine nachvollziehbare Darstellung der Erhebungs- und Auswertungsschritte angewendeter Verfahren. Trotz der liberal-konservativen Grundhaltung und teilweise zugespitzten Positionen arbeiten die Autoren differenziert und bieten damit vielfältige Reflektionen auf den Privatheitsbegriff.

Jacob Jünger

Ulla Carlsson (Ed.)

Freedom of Expression Revisited

Citizenship and Journalism in the Digital Era

Göteborg: Nordicom, 2013. – 169 S.

ISBN 978-91-86523-74-9

Der Sammelband des NORDICOM (Nordic Information Center for Media and Communication Research) zeigt als Nachfolger zu *Freedom of Speech Abridged? Cultural, Legal and Philosophical Challenges* kritische Perspektiven zu den Herausforderungen für die Meinungs- und Medienfreiheit, die sich aus zunehmender Digitalisierung, Globalisierung und marktwirtschaftlicher Ausrichtung der Medien nordeuropäischer Länder (Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden) ergeben. Die Autoren werfen wichtige Fragen nach der Umsetzung und den Grundlagen von Meinungsfreiheit in der nationalen, transnationalen und globalen Medienpolitik auf.

Der Band betont die Wichtigkeit der wissenschaftlichen Betrachtung des Themas, das trotz zunehmender Sichtbarkeit von Angriffen auf und der Möglichkeiten für die Meinungs- und Medienfreiheit vernachlässigt wird, und beleuchtet vor allem das Ausmaß der Bedeutung dieser Fragestellungen dazu.

Dazu ist das Buch in zwei Teile mit neun Kapiteln eingeteilt. Die ersten sechs Kapitel, *Views from a Nordic Horizon*, fokussieren vornehmlich auf Probleme und Herausforderungen in Nordeuropa, während der zweite Teil, *Views from a Global and European Horizon*, eher eine globale Perspektive umfasst.

Helge Rønning stellt auf präziser Art in Anlehnung an eine Studie zur Einstellung der Bürger zu Medienfreiheit in Norwegen aktuelle